Rom untersagt per Brief von drei Dikasterienleitern im Kardinalsrang die Einrichtung eines Synodalen Rats in Deutschland. Papst Franziskus legt in einem Interview nach: Der Synodale Weg in Deutschland sei „nur dem Namen nach ein synodaler Weg“.

Elite à la Franziskus

Von Gregor Maria Hoff

Foto: APA / AFP / Tiziana Fabi

Was im November beim Ad Limina-Besuch der deutschen Bischöfe in Rom noch als Dialog inszeniert wurde, hat sich nun als römisches Verbot verdichtet. Auf Anfrage von fünf deutschen Bischöfen haben die Kardinäle Parolin, Ladaria und Ouellet mit ausdrücklicher Zustimmung des Papstes erklärt, dass die Einrichtung eines Synodalen Rats in Deutschland nicht zulässig sei. In einem solchen Format, das vom Synodalen Weg mit Zweidrittelmehrheit auch der anwesenden Bischöfe beschlossen wurde, gebe man das Bestimmungsprofil, sprich: das Entscheidungsmonopol bischöflicher Verantwortung preis. Zudem dürfe man keine Strukturen schaffen und Entscheidungen treffen, die aus dem kirchenrechtlichen Rahmen und aus den lehramtlichen Bestimmungen der Universalkirche fielen. Letzteres zielt vor allem auf das Votum des Synodalen Wegs, die Möglichkeit einer Frauenordination zu prüfen, aber auch die katholische Sexualmoral beziehungsethisch umzustellen. Dass dies die Einschätzung von Homosexualität als Sünde betrifft und gendertheoretische Fragen einschließt, forciert römisches Unbehagen.

Vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken wie auch von Bischofskonferenzvorsitzenden Georg Bätzing folgte eine Replik, die inhaltlich bekannt ist: Kein Eingriff ins Kirchenrecht. Keine eigenständige Veränderung katholischer Lehre. Wohl aber: Vorschläge, Erfahrungen, die in den weltweiten synodalen Prozess eingebracht werden sollen. Das aber geschieht mit der mehrheitsgetragenen Autorität einer Versammlung, die das Volk Gottes in Deutschland mit Bischöfen und gewählten Vertretern aus dem Laienkatholizismus und seinen Verbänden, aus Orden und geistlichen Gemeinschaften sowie aus Priesterräten und verschiedenen Handlungsfeldern der Kirche vertritt.

Der Bischof entscheidet allein. Basta.

Das freilich beeindruckt im Vatikan nicht. Bätzings Argument, dass die apostolische Dignität des bischöflichen Amtes zur Geltung kommt, wenn sich Bischöfe in Wahrnehmung ihrer Verantwortung auf synodale Beratungs- und Entscheidungsprozesse festlegen, wird auch im jüngsten Schreiben der hochrangigen Dikasterien-Chefs nicht theologisch aufgenommen.

Zum Amt des Bischofs gehört die alleinige Entscheidungskompetenz. Dieses Basta bestätigt Papst Franziskus durch ausdrückliche Unterstützung. In einem Interview legt er nach: Der Synodale Weg in Deutschland sei „nur dem Namen nach ein synodaler Weg; keiner, an dem das Volk Gottes als ganzes beteiligt ist, sondern einer, der von einer Elite veranstaltet wird“.

Dieser Hinweis ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Laut Wikipedia bezeichnet Elite „soziologisch eine Gruppierung (tatsächlich oder mutmaßlich) überdurchschnittlich qualifizierter Personen (Leistungseliten, Funktionseliten) oder die herrschenden bzw. einflussreichen Kreise (Machteliten, ökonomische, juristische Eliten) einer Gesellschaft“.

Während der Synodale Weg in Deutschland von Bischöfen und Laienvertretern gemeinsam beschlossen wurde und die Synodalversammlung durch geordnete Wahlverfahren das Volk Gottes in seinen unterschiedlichen Gliedern am Synodalen Weg beteiligte, hat der Papst den weltweiten synodalen Prozess beschlossen und Mitglieder in den vorbereitenden Gremien ernannt. Die Rolle des Volkes Gottes als Akteur unterscheidet sich vom deutschen Ansatz erheblich. Man darf insofern gespannt sein, wer von den Synodalen der römischen Kirchenversammlung nicht unter den Eliten-Begriff des Papstes fällt.

Der führt im Übrigen zu einer ironischen Volte. Wenn Bischöfe im Sinne der vorgesehenen kirchlichen Auswahlverfahren überdurchschnittlich qualifizierte Personen sind und zugleich in ihren Diözesen herrschen sollen, erfüllen sie alle Merkmale katholischer Elite. Sind sie nicht Teil des Volkes Gottes? Sollten sie auf dem Synodalen Weg nicht bestimmend wirken, um dem Verdacht zu entkommen, es handle sich um ein Unternehmen, das „von einer Elite veranstaltet wird“?

Dann muss man aber aus römischer Sicht auch nicht davor warnen, dass Bischöfe ihre apostolische Macht verlieren. Im Gegenteil: Elitentheoretisch wäre dies im Sinne des Papstes geboten.

> *„Der Einwurf des Papstes macht deutlich: Synodalität ist ein Prozess, in dem sich das Verständnis von Synodalität erst entwickeln muss. Das betrifft alle Beteiligten.“*

Papst Franziskus legt keinen gehobenen Wert auf semantische Klarheit und theologische Begründungen. Der Charme seiner pastoral-pontifikalen Einlassungen von fliegenden Pressekonferenzen über markante Zeichen der Zuwendung zu Menschen in Not bis hin zu seinen eindrücklichen Predigten besteht gerade darin, dass er Grenzen überschreitet. Sollte er dies auch in diesem Fall getan haben? Handelt es sich um eine paradoxe Intervention ersten Ranges?

Beabsichtigt haben dürfte das der Papst kaum. Aber seine Einlassung zeigt, dass es nicht zuletzt an einem mangelt: An einer überzeugenden Form, in der präzise bestimmt wird, was die Rede vom Volk Gottes bedeutet. Wenn der Papst zu Recht auf ideologische Positionen hinweist, die in synodale Prozesse eingehen können, müsste dies angesichts der politischen Aufladung der Rede vom Volk Gottes durchbuchstabiert werden. Dient das Volk Gottes als Referenz, wenn es gerade passt? Wie und durch wen kommt es mit dem ihm eigenen Glaubenssinn zur Sprache? Wird es am Ende nicht doch von Bischöfen, also im Formsinn von kirchlichen Machteliten repräsentiert? Der Einwurf des Papstes macht deutlich: Synodalität ist ein Prozess, in dem sich das Verständnis von Synodalität erst entwickeln muss. Das betrifft alle Beteiligten.

An einem Punkt greift die Intervention des Papstes ganz sicher: mit Blick auf den katholischen Missbrauchskomplex. Dass die episkopalen Eliten versagt haben, dass sie immense Schuld auf sich geladen haben, dass sie damit Verantwortung für eine Glaubwürdigkeitskrise der katholischen Kirche mit massenhaften Austritten tragen – das ist allerdings Anlass für päpstliche Elitenkritik. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass Franziskus sich und seine engsten kurialen Mitarbeiter fragen muss, ob sie die systemische Dimension des Missbrauchs in der Kirche wahrnehmen und durchschlagende Konsequenzen zu ziehen bereit sind.

Der Autor ist Professor für Fundamentaltheologie und Ökumene an der Uni Salzburg.

Päpstliche Kritik

Papst Franziskus nach der Generalaudienz am 25. Jänner in Rom. In einem Interview mit der *Associated Press* kritisierte Franziskus explizit den Synodalen Weg in Deutschland als „von einer Elite gestaltet“.

Lesen Sie dazu auch Gregor Maria Hoff am 23.11.2022: „Ad Limina - oder: Deutsche Bischöfe in Rom“, siehe furche.at.

GLAUBENSFRAGE

Von Mouhanad Khorchide

Demut statt Abgehobenheit

Ist im Zusammenhang mit dem Islam von Religion und Politik die Rede, dann meist unter dem Vorzeichen der Notwendigkeit der Trennung zwischen beiden. Diese Aufforderung ist richtig und wichtig. In vielen islamischen Ländern erlebt man allerdings bis heute, wie Religion als Machtinstrument despotischer Regime missbraucht wird. Eine institutionelle Trennung würde beide schützen. Dadurch, dass die Debatte meistens bei solchen Aufforderungen aufhört, wird versäumt, sich mit einer ganz anderen Frage auseinanderzusetzen: Kann Religion, in unserem Fall der Islam, die Politik bereichern? Meine Antwort lautet: Ja, allerdings nur dann, wenn der Islam in seiner spirituellen und ethischen Dimension verstanden und praktiziert wird, und nicht, wie so oft in Geschichte und Gegenwart, als Macht- oder Unterwerfungsinstrument. – Wir erleben in diesen Tagen in Österreich ein zunehmendes Misstrauen vieler Menschen gegenüber politischen Parteien, da Politikerinnen und Politiker immer stärker mit Eigennutz, Egoismus und Narzissmus assoziiert werden. Sind aber Religionen nicht da, um uns gerade zur kritischen Selbstreflexion zu ermutigen? Haben nicht alle großen Gelehrten gesagt: Gottes Erkenntnis beginnt mit der Selbsterkenntnis? Der Islam, wie ich ihn verstehe, ruft nicht nur zu dieser inneren Läuterung und zum Befreien von Egoismus, Hochmut und Narzissmus, sondern erinnert an die Bestimmung des Menschen als Kalifen, als Statthalter Gottes. – Das heißt, der Mensch hat einen klaren Auftrag: seine Gesellschaft und seine Umwelt verantwortungsvoll zu gestalten. Politik zu betreiben bedeutet dann, das Leben konstruktiv und verantwortungsvoll, auch für die kommenden Generationen, zu gestalten und nicht, persönliche oder parteipolitische Interessen zu verwirklichen. Persönliche Leitlinie wäre Demut und nicht Abgehobenheit

Der Autor leitet das Zentrum für Islamische Theologie an der Uni Münster.